

Niederschrift
über die Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am 13.09.2011

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 16:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Petra Brinkmann
Frau Elke Grünewald
Frau Alexandra Heckeroth
Herr Marcus Kleinkes
Herr Andreas Rüther, Vorsitzender

SPD

Herr Gerd Kranzmann, stellv. Vorsitzender
Herr Lars Nockemann
Herr Prof. Dr. Riza Öztürk
Herr Frederik Suchla
Herr Thomas Wandersleb

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hannelore Pfaff
Frau Dr. Ingetraud Schulze

BfB

Herr Gerd-Peter Grün

FDP

Frau Ursula Burkert

Die Linke

Herr Onur Ocak

Beratende Mitglieder

Frau Cemile Acar-Gökce
Frau Anne Röder
Frau Graciela Toledo Gonzalez
Herr Peter Edinger
Herr Dirk Hanneforth
Herr Günter Kunert
Frau Alena Scholz
Herr Karl-Wilhelm Schulze

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus

Frau Fortmeier

Herr Günther

Herr G. Müller

Herr P.-M. Müller

Herr Stein, Geschäftsführer (Schriftführer Schule)

Herr Bockermann

Frau Feldmann (Schriftführerin Sport)

Frau Melchior (ISB, zu TOP 3.9)

Vom Schulamt für die Stadt Bielefeld

Herr Scherhans (zu TOP 3.6)

Herr Drescher (zu TOP 3.7)

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Herr Vorsitzender Rüther die Beschlussfähigkeit und die form- und fristgerecht erfolgte Einladung fest.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 2 Öffentliche Sitzung Sport

Zu Punkt 2.1 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses am 05.07.2011 - Nr. 21/2009-2014

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses vom 05.07.2011 wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.2 Mitteilungen

Herr Bockermann teilt mit, dass die Zuschüsse für Jugendliche (174.219,94 €) und Übungsleiter (36.147,20 €) an die Vereine ausgezahlt worden sind. In beiden Fällen konnte die in den Sportförderungsrichtlinien festgelegte Förderhöhe zu 100% erreicht werden.

Zu Punkt 2.2.1 Zwischenbericht zur Wiederherstellung Sportplatz Stadtheide

Herr Bockermann berichtet, dass der Oberbürgermeister am 25.08.2011 mit dem ersten Spatenstich die Wiederherrichtung des Sportplatzes Stadtheide eingeleitet hat. Die Arbeiten, die von der Firma Heiler ausgeführt werden, liegen gänzlich im Zeitplan. Die Einweihung soll im November erfolgen. Es kann schon jetzt festgestellt werden, dass das Budget eingehalten wird.

Zu Punkt 2.3 Anfragen

Zu Punkt 2.3.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.09.2011 zur Sportstättenprüfungskommission und der Sportpauschale 2011

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3015/2009-2014

Die CDU-Fraktion fragt an, warum es keinen Termin für die ausstehenden Beratungen der AG Sportstättenprüfungskommission gibt und wann die Gelder der Sportpauschale 2011 ausgezahlt werden.

Herr Bockermann erklärt, dass am 12.09.2011 die Einladungen für die

Sitzung der Sportstättenprüfungskommission am 20.09.2011 versandt worden sind. Zum Auszahlungstermin kann noch keine Aussage erfolgen, da hierfür erst eine Beschlussfassung durch den Schul- und Sportausschuss erfolgen muss. Sobald dieser vorliegt, kann die Verwaltung die Zuschüsse an die Vereine auszahlen.

Frau Brinkmann fragt an, ob die Sitzung am 20.09.2011 auch stattfindet oder ob es gegenteilige Rückmeldungen gegeben hat. Nur Frau Burkert kann den Termin nicht wahrnehmen. Sie wird aber versuchen, Herrn Buschmann als Vertreter zu entsenden.

Herr Oczak äußert sein Unverständnis darüber, dass immer noch keine Entscheidung getroffen worden ist. Die Vereine, die vielfach in Vorleistung getreten sind, warten auf die Zuschüsse und sind auf diese angewiesen. Eine schnelle Auszahlung ist notwendig. Selbst wenn nicht in allen Punkten eine Einigung erzielt wird, sollten nur die strittigen Maßnahmen zurückgestellt werden und zumindest die Zuschüsse ausgezahlt werden, über die die Sportstättenprüfungskommission bereits eine Einigung erzielt hat.

Herr Schulze unterstreicht ebenfalls, dass die Vereine auf die Zuschüsse warten. Er weist darauf hin, dass unter den anwesenden Besuchern auch Vertreter der betroffenen Sportvereine sind, die für das Gemeinwohl in der Stadt Bielefeld eintreten und auf die Unterstützung durch die Zuschüsse angewiesen sind. Es sei unabdingbar notwendig, endlich einen Beschluss zu fassen.

Zu Punkt 2.4 Anträge

Keine.

Zu Punkt 2.5 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Kein Bericht.

Zu Punkt 3 Öffentliche Sitzung Schule

Zu Punkt 3.1 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 05.07.2011 - Nr. 21/2009-2014

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 05.07.2011 – Nr. 21/2009-2014 – wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3.2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 21.07.2011 - Nr. 22/2009-2014

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 21.07.2011 – Nr. 22/2009-2014 – wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3.3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.3.1 Inklusion im Schulbereich

Den Ausschussmitgliedern liegt eine umfangreiche Mitteilung zur Inklusion im Schulbereich vor, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Zu Nr. 1 der Mitteilung (Empfehlungen für die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems in NRW durch Gutachten der vom Schulministerium NRW beauftragten Wissenschaftler Prof. Klemm und Prof. Preuss-Lausitz) ergänzt Herr Müller, dass eine Verteilung der Schülerinnen und Schüler der 1. und 5. Klassen der Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache (LES) ab dem Schuljahr 2012/13 quantitativ problemlos möglich wäre. Die Verwaltung wird in einer der nächsten Sitzungen die quantitativen Auswirkungen auf die Bielefelder Schulen, ausgehend von der neuen Schulstatistik zum 15.10.2011, im Falle der schulrechtlichen Umsetzung der Empfehlungen des Gutachtens im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes darstellen.

Zu Nr. 2 der Mitteilung (Bewerbung der Stadt Bielefeld bei der Deutschen UNESCO-Kommission e.V. zur „Inklusiven Bildung“) ergänzt Herr Müller, dass die Bildungsregionen Aachen, Oberspreewald-Lausitz und Wiesbaden erfolgreich aus dem Wettbewerb hervorgegangen sind. Aufgrund der hohen Qualität der Bewerbungen wird die UNESCO-Kommission e.V. jedoch eine Informations- und Netzwerkveranstaltung zur inklusiven Bildung für alle 30 Bewerber ausrichten. Hierzu ist die Stadt Bielefeld eingeladen und wird daran teilnehmen.

Zu Nr. 3 der Mitteilung (Sachstand Stellenbesetzung „Inklusionsmultiplikatoren“ im Schulamt für die Stadt Bielefeld) berichtet Herr Müller, dass die Bezirksregierung Detmold letzte Woche das Aufgabenprofil der Stelle veröffentlicht hat. Bislang liegen jedoch keine Bewerbungen auf die Stelle vor. Die Bewerbungsfrist läuft noch bis zum 16.09.2011.

Zu Punkt 3.3.2 Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets und des

Härtefallfonds "Alle Kinder essen mit"

Den Ausschussmitgliedern liegt eine schriftliche Mitteilung des Sozialamtes zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes und des Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“ vor, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Zu Punkt 3.3.3 Informationsveranstaltung zum Bildungs- und Teilhabepaket am 20.09.2011

Den Ausschussmitgliedern liegt die Einladung des Dezernates Schule, Bürger, Kultur an die Leiterinnen und Leiter der Bielefelder Schulen und der Träger des offenen Ganztags sowie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schulbüros zur Informationsveranstaltung zum Bildungs- und Teilhabepaket vor.

Die Informationsveranstaltung findet statt am 20.09.2011 von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr in der Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule.

Zu Punkt 3.4 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 3.5 Anträge

Anträge liegen nicht vor.

Zu Punkt 3.6 Schulorganisatorische Maßnahmen im Grundschulbereich in den Stadtbezirken Mitte, Dornberg, Brackwede, Jöllenbeck, Schildesche und Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2977/2009-2014

An der ausführlichen Diskussion beteiligen sich Herr Kleinkes, Herr Ocak, Herr Kranzmann, Frau Burkert, Frau Dr. Schulze, Herr Rüter, Frau Röder, Herr Dr. Witthaus, Herr Edinger und Herr Grün.

Herr Kleinkes beantragt für die CDU-Fraktion, den Halbsatz „und je Stadtbezirk eine der vorgeschlagenen Maßnahmen zu priorisieren“ ersatzlos zu streichen, um in den zu beteiligenden Bezirksvertretungen, Schulkonferenzen und dem Integrationsrat sowie Beirat für Behindertenfragen ergebnisoffene Diskussionen und Raum für weitere eigene Ideen und Lösungsansätze zu ermöglichen.

Herr Ocak (Die LINKE) zeigt sich enttäuscht darüber, dass der schulpolitische Konsens für NRW zu keiner anderen Einschätzung der Verwaltung zu den bereits vorgeschlagenen schulorganisatorischen Maßnahmen im Grundschulbereich führt. Er hält es für richtig, die

vereinbarte Absenkung des Klassenfrequenzrichtwertes von derzeit 24 auf zukünftig 22,5 in den Prognosen zu berücksichtigen.

Herr Dr. Witthaus berichtet, dass es in der Gesetzesbegründung zum Schulrechtsänderungsgesetz heißt, dass versucht wird, in Abhängigkeit von der Haushaltslage Schritt für Schritt über den Zeitraum des schulpolitischen Konsenses den Klassenfrequenzrichtwert zu senken. Somit kann davon ausgegangen werden, dass die Absenkung des Klassenfrequenzrichtwertes über den vollen Zeitraum der Gültigkeit des Konsenses bis 2023 gestreckt werden wird. Im Übrigen wird der Klassenfrequenzrichtwert nicht im Schulgesetz vom Landesgesetzgeber geregelt, sondern von der Landesregierung bzw. dem Ministerium für Schule und Weiterbildung in der Rechtsverordnung zu § 93 Abs. 2 des Schulgesetzes.

Herr Kranzmann berichtet, dass der Entwurf des Schulrechtsänderungsgesetzes am 06.09.2011 in den Landtag eingebracht wurde. Der § 83 Abs. 1 Schulgesetz soll hiernach wie folgt neu gefasst werden: „Grundschulen mit weniger als zwei Klassen pro Jahrgang sollen, wenn der Schulträger deren Fortführung für erforderlich hält, zur Erreichung angemessener Klassen- und Schulgrößen im Sinne von § 81 Abs. 1 möglichst als Teilstandort geführt werden (Grundschulverbund).“

Diese Formulierung bedeute, dass auf Dauer keine einzügigen Grundschulen eigenständig geführt werden sollen. Die im weiteren Verfahren zu beteiligenden Bezirksvertretungen, Schulkonferenzen und weiteren politischen Gremien hätten sich bei ihren Beratungen und Beschlussfassungen an diese rechtlichen Rahmenvorgaben zu halten.

Um dies sicherzustellen, beantragt Herr Kranzmann für die SPD-Fraktion, folgenden Passus in den Beschluss aufzunehmen:

„Aufgrund der Änderung des § 83 im Schulgesetz NRW wird deutlich, dass keine auf Dauer einzügigen Grundschulen eigenständig geführt werden sollen. Bezirksvertretungen und Schulkonferenzen werden aufgefordert, dies bei ihren Beratungen zu berücksichtigen.“

Frau Burkert erklärt für die FDP-Fraktion, dass der Elternwille im moderierten Verfahren der Schulentwicklungsplanung hinreichend Berücksichtigung gefunden habe. Eine Schließung von Grundschulen sei aufgrund der verschiedenen vorgeschlagenen schulorganisatorischen Maßnahmen nicht zwingend notwendig. Frau Burkert schlägt vor, in den Bezirksvertretungen bzw. Bezirken ggf. die Schulleitungen der betroffenen Schulen (nochmals) zusammen zu bringen, um gemeinsam über die Lösungen zu beraten und zu Entscheidungen zu kommen.

Frau Dr. Schulze schließt sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag von Herrn Kranzmann an, den Beschluss entsprechend zu erweitern, um die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen sicherzustellen. Dem Antrag von Herrn Kleinkes könne gefolgt werden, sofern die Streichung des Halbsatzes nicht dazu führen soll, dass die im weiteren Verfahren zu beteiligenden Gremien wieder völlig neue Lösungsvorschläge mit entsprechenden umfangreichen Prüfaufträgen an die Verwaltung und den Schul- und Sportausschuss herantragen werden. Schulen und alle Beteiligten brauchten endlich Klarheit, Planungssicherheit und eine Entscheidung in dem inzwischen fast zwei Jahre dauernden Prozess der Schulentwicklungsplanung. Die Stadt

Bielefeld bzw. der Schulträger sei gefordert, nunmehr endlich eine Entscheidung zu treffen. Die Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung habe sehr differenzierte umfangreiche Vorschläge erarbeitet, die vielfältige Möglichkeiten bieten.

Frau Röder vertritt die Auffassung, dass das Thema „Inklusion“ nur unzureichend bei den jetzigen Zahlen und Maßnahmen berücksichtigt worden sei. Sie bittet die im weiteren Verfahren beteiligten Gremien, dieses Thema in die Beratungen und Beschlussfassungen mit einzubeziehen.

Herr Dr. Witthaus erklärt, dass das Land NRW gefordert sei, zukünftig die Ergebnisse des Gutachtens der vom Schulministerium NRW beauftragten Wissenschaftler Prof. Klaus Klemm und Prof. Ulf Preuss-Lausitz zur Entwicklung eines inklusiven Schulsystems entsprechend umzusetzen. Wie bereits unter dem TOP 3.3.1 berichtet, würde die Verteilung der Schülerinnen und Schüler der 1. und 5. Klassen der Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache (LES) ab dem Schuljahr 2012/13 quantitativ problemlos möglich sein.

Herr Edinger hält den engen Zeitplan bis zu einer abschließenden Entscheidung für unglücklich. Die von der Verwaltung vorgelegten Szenarien seien zudem nicht in allen Punkten vollständig bzw. schlüssig. Die in der Vorlage vorgeschlagenen schulorganisatorischen Maßnahmen hätten zwar bereits zur letzten Sitzung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung vorgelegen, seien dort jedoch nicht mehr diskutiert, sondern an den Schul- und Sportausschuss verwiesen worden. Deshalb müsse hierüber noch im Schul- und Sportausschuss entsprechend diskutiert werden.

Nach Abschluss der Diskussion lässt Herr Vorsitzender Rüter über die Anträge von Herrn Kleinkes für die CDU-Fraktion und Herrn Kranzmann für die SPD-Fraktion abstimmen:

Antrag von Herrn Kranzmann für die SPD-Fraktion:

„In den Beschluss wird folgender Passus aufgenommen: „Aufgrund der Änderung des § 83 im Schulgesetz NRW wird deutlich, dass keine auf Dauer einzügigen Grundschulen eigenständig geführt werden sollen. Bezirksvertretungen und Schulkonferenzen werden aufgefordert, dies bei ihren Beratungen zu berücksichtigen.““

- einstimmig (bei einer Enthaltung) –

Unter Berücksichtigung der beschlossenen Ergänzung des Beschlusses sowie des Antrags von Herrn Kleinkes für die CDU-Fraktion, den Halbsatz „und je Stadtbezirk eine der vorgeschlagenen Maßnahmen zu priorisieren“ ersatzlos zu streichen, ergeht sodann folgender

Beschluss:

Zur Vorbereitung einer konkreten Beschlussempfehlung des Schul-

und Sportausschusses am 08.11.2011 an den Rat der Stadt Bielefeld am 10.11.2011 werden die Bezirksvertretungen Brackwede, Dornberg, Heepen, Jöllenbeck, Mitte und Schildesche, die Schulkonferenzen der von geplanten schulorganisatorischen Maßnahmen berührten Schulen sowie der Integrationsrat und der Beirat für Behindertenfragen angehört und gebeten, Stellungnahmen zu den im Folgenden vorgeschlagenen Handlungsalternativen abzugeben.

Aufgrund der Änderung des § 83 im Schulgesetz NRW wird deutlich, dass keine auf Dauer einzügigen Grundschulen eigenständig geführt werden sollen. Bezirksvertretungen und Schulkonferenzen werden aufgefordert, dies bei ihren Beratungen zu berücksichtigen.

Die Stellungnahmen der Schulkonferenzen werden den Bezirksvertretungen spätestens zu den jeweiligen Sitzungsterminen vorgelegt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3.7 Pädagogisches Konzept für die Stadtteilschule Jöllenbeck

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2997/2009-2014

Der Schul- und Sportausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.8 Freigabe von Haushaltsmitteln aus der Kostenstelle 40080 unter dem Sachkonto 54310150 zur Ausstattung städtischer Schulen mit Mobiliar

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2967/2009-2014

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss gibt aus der Produktgruppe 11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“ folgende Mittel frei:

Realschule Heepen, Bielefeld-Heepen	6.600,00 €
Volkeningschule, Bielefeld Mitte	3.500,00 €

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3.9 RS Luisenschule - Erweiterungsbau Ganztags und Mensa - Vorstellung der Planungen -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3033/2009-2014

Auf Nachfrage von Frau Röder zur Barrierefreiheit des geplanten Erweiterungsbaus an der Luisenschule erläutert Frau Melchior vom Immobilienservicebetrieb, dass eine Barrierefreiheit für Gehbehinderte für den Erweiterungsbau nicht vorgesehen ist, da die Topographie des gesamten Schulgeländes und auch das Hauptgebäude der Luisenschule nicht barrierefrei sind und im nunmehr geplanten Erweiterungsbau lediglich ergänzende Flächen zur Umsetzung des Ganztagsbetriebes (Freizeitbereich und Mensa) geschaffen werden sollen. Für Gehbehinderte steht die Gertrud-Bäumer Schule als barrierefreie Realschule zur Verfügung.

Der Schul- und Sportausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.10 Demographiekonzept "Wir lernen lebenslang!"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2996/2009-2014

Aufgrund kritischer Anmerkungen von Frau Dr. Schulze erläutert Herr Dr. Witthaus, dass das vorgestellte Demographiekonzept „Wir lernen lebenslang!“ die dritte Phase des am 31.08.2006 vom Rat der Stadt beschlossenen Konzeptes „Demographischer Wandel als Chance?“ umsetzen soll. Die Projektstruktur, die Organisation und der Projektablauf ergeben sich aus dem in 2006 beschlossenen Gesamtkonzept

Frau Röder bittet, das Thema Inklusion im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.

Frau Pfaff bittet, auch ältere Menschen in die weiteren konzeptionellen Überlegungen mit einzubeziehen.

Der Schul- und Sportausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es erfolgt kein Bericht.

Rüther, Vorsitzender

Kranzmann, stellv. Vorsitzender

Feldmann, Schriftführerin Sport

Stein, Schriftführer Schule